



Jahresziele 2002

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 19. Dezember 2001)

Inhalt

Einleitung.....	1
-----------------	---

Jahresziele 2002 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

– Bundeskanzlei	2
– Departement für auswärtige Angelegenheiten	4
– Departement des Innern.....	9
– Justiz- und Polizeidepartement.....	16
– Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	22
– Finanzdepartement	26
– Volkswirtschaftsdepartement	29
– Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	33

Anhang 1: Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2002 – Überblick.....	37
---	----

Anhang 2: Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte im Jahr 2002	40
---	----

Einleitung

Gemäss Artikel 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2002 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Bericht des Bundesrates über Schwerpunkte der Verwaltungsführung 2002 (Geschäftsbericht – Band II), den der Bundesrat im Frühjahr 2003 verabschieden wird.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Bundeskanzlei

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 <small>* basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002</small>
<p><u>Ziel 1</u> E-Government: Aufnahme Pilotbetrieb Guichet virtuel und Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Versuche E-Voting</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Pilotphase zum Guichet virtuel Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden*➤ Darauf abgestimmt hat er die Vereinbarung mit den Kantonen für die Periode 2003–2004 erneuert*➤ Der Guichet virtuel ist mit dem Pilotbetrieb auf Netz (Extranet)
<p><u>Ziel 2</u> Vorgehensentscheid Legislaturplanung 2003–2007</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Das Vorgehen zur Legislaturplanung 2003–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet➤ Das Vorgehen zur Überprüfung von Bundesaufgaben ist vom Bundesrat beschlossen➤ Der Postulatsbericht "Strategische Führungsindikatoren" liegt als Input für die Legislaturplanung 2003–2007 vor und ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen (in Erfüllung des Po. 00.3225 der Kommission 00.016)➤ Der Bericht "Herausforderungen 2003–2007" liegt zeitgerecht für die Aussprache des Bundesrats betreffend Vorgehensentscheid zur Legislaturplanung vor
<p><u>Ziel 3</u> Rechtliche und technische Vorbereitung der Nationalratswahlen 2003</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die Kreisschreiben vom Bundesrat sind verabschiedet und veröffentlicht➤ Die Kantone und Parteien sind über die Spielregeln und Verfahren im Detail orientiert

<p><u>Ziel 4</u> Revision des Publikationsgesetzes</p>	<p>➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist eröffnet</p>
<p><u>Ziel 5</u> Überprüfung der Information in Krisenlagen</p>	<p>➤ Der Bericht zur Überprüfung der Information des Bundes in Krisenlagen (in Erfüllung des Po. Müller Erich 99.3076) ist dem Bundesrat unterbreitet</p>
<p><u>Ziel 6</u> KAV: Verbesserung der betrieblichen Abläufe</p>	<p>➤ Die KAV-Prozesse sind evaluiert</p> <p>➤ Die entsprechenden Massnahmen sind umgesetzt</p> <p>➤ Das KAV-System ist zusammen mit der Informatik evaluiert und Lösungen über das weitere Vorgehen betreffend die Weiterentwicklung bzw. die Ablösung sind erarbeitet</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Begleitung und Umsetzung der Abstimmung über einen Beitritt der Schweiz zur UNO</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Abstimmung über die Volksinitiative "Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der vereinten Nationen (UNO)" ist mittels Dialog mit politischen und gesellschaftlichen Kräften vorbereitet* ➤ Im Falle der Annahme der Volksinitiative ist der UNO-Beitritt so schnell als möglich realisiert und die Umsetzung ist innenpolitisch breit abgestützt* ➤ Substanz und Strukturen der Beziehungen zur UNO nach der Volksabstimmung sind geklärt
<p><u>Ziel 2</u> Konkretisierung der bundesrätlichen Europapolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die ersten Erfahrungen nach Inkraftsetzen der sieben Verträge (Bilaterale I) sind ausgewertet ➤ Die Verhandlungen über alle 10 Bereiche der Bilateralen II sind eingeleitet und wenn möglich abgeschlossen. Ein Abschluss in einzelnen Verhandlungsbereichen kommt jedoch nur in Frage, sofern das Interessengleichgewicht insgesamt gewahrt ist* ➤ Die Auswirkungen eines späteren EU-Beitritts auf zentrale Politikbereiche sind weiter abgeklärt. Jene Bereiche, in denen interne Reformen bereits geboten und im Hinblick auf den Abbau von Beitritts Hindernissen erforderlich sind, sind identifiziert

<p><u>Ziel 3</u> Förderung der Sicherheit und des Kampfs gegen den Terrorismus durch verstärkte internationale Zusammenarbeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Koordination und Kommunikation der Massnahmen der Bundesverwaltung im Kampf gegen den Terrorismus sind sichergestellt. Unter Federführung des EJPD sind die entsprechenden Botschaften zur Ratifizierung der UNO-Konvention vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Übereinkommens zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenvernichtung (in Erfüllung der Mo. Paupe 00.3519) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 4</u> Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Aufstockung 2002 der öffentlichen Entwicklungshilfe im Hinblick auf das Ziel 0.4 % BSP bis 2010 ist vollzogen ➤ Die Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 5</u> Aktive Teilnahme an den internationalen Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die schweizerischen Positionen für die Vorbereitung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung sind erarbeitet ➤ Die schweizerische Delegation hat am Erdgipfel zur nachhaltigen Entwicklung (Rio + 10) in Johannesburg, Südafrika, teilgenommen* ➤ Die Koordination der internationalen Aktivitäten im Rahmen des UNO-Jahres der Berge 2002 ist gewährleistet*

<p><u>Ziel 6</u> Klärung der konzeptionellen Grundlagen und Ausbau der Aktivitäten im Bereich der zivilen Friedensförderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Rahmenkredit für Massnahmen der zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ In der Botschaft zum Rahmenkredit werden die konzeptuellen und finanziellen Grundlagen der zivilen Friedensförderung (auch im Bereich Entwicklung) dargelegt sowie Schwerpunkte definiert* ➤ Schwerpunktthemen im Bereich der zivilen Friedensförderung sind identifiziert, analysiert und in geeigneter Form aufbereitet ➤ Für den Expertenpool für zivile Friedensförderung (SEF) liegt ein Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Einsatzkonzept vor ➤ Die schweizerische Politik im Bereich der Reduktion von Kleinwaffen und Anti-Personenminen ist konsolidiert
<p><u>Ziel 7</u> Weiterführung des Einsatzes für die Menschenrechte und Förderung des humanitären Völkerrechts, sowie im Bereich der Migrationspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Vernehmlassungsverfahren über den Bericht des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) ist durchgeführt ➤ Der Schlussbericht über das 1. Zusatzprotokoll zur EMRK (in Erfüllung der Ip. Columberg 91.3195) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Verschiedene Massnahmen zur Förderung des humanitären Völkerrechts im Rahmen von EAPC/PfP sind realisiert. Im Rahmen der OSZE und des EAPC sind Projekte in den Bereichen Konfliktprevention und menschliche Sicherheit unter Wahrung der Kohärenz und Komplementarität der Tätigkeiten mit Schweizer Unterstützung durchgeführt

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Es liegt ein Konzept vor, in dem die Schnittstellen zwischen den Bereichen Menschenrechte, Konflikt und Wirtschaft aufgezeigt und Möglichkeiten einer departements- und bereichsübergreifenden Zusammenarbeit herausgearbeitet werden ➤ Die Botschaft betreffend das 2. Protokoll zum Haager Übereinkommen zum Schutze von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Koordinationsstrukturen, insbesondere im Rahmen der neuen, departementsinternen Koordinationsgruppe Migration, sind aufgebaut, und Strategiepapiere zu Themenfeldern wie Menschenhandel und Opferhilfe, Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern von Flüchtlingen, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik liegen vor
<p><u>Ziel 8</u> Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in Südosteuropa</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Zusammenarbeitsprogramme mit den südosteuropäischen Staaten sind weitergeführt ➤ Die Schweiz fördert die regionale Zusammenarbeit zwischen den Staaten Südosteuropas. Sie nimmt aktiv am Stabilitätspakt für Südosteuropa teil, der als Dialogplattform für vordringliche Aufgaben mit regionaler Reichweite dient ➤ Die Schweiz bekräftigt ihre Rolle als gleichwertige Teilnehmerin an den Aktivitäten zur Konfliktprävention und Friedenssicherung in Südosteuropa. Mit den europäischen Staaten führt sie ihren politischen Dialog über die Zukunft der Region fort
<p><u>Ziel 9</u> Ausbau der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Mittelmeerländern</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Strategie für die Mittelmeerländer ist umgesetzt ➤ Regionale Programme der Entwicklungszusammenarbeit sind ausgearbeitet ➤ Einzelne Projekte sind realisiert

<p><u>Ziel 10</u> Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in Zentralasien</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Zusammenarbeitsprogramme mit den zentralasiatischen Staaten sind weitergeführt
<p><u>Ziel 11</u> Förderung der Präsenz und des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das 3. Länderprogramm (Mitte 2002 bis Mitte 2005) ist lanciert ➤ Die Finanzierungsbotschaft für die Teilnahme der Schweiz an den Weltausstellungen Paris und Aichi sind vom Bundesrat verabschiedet ➤ Der Anteil an Schweizer Personal bei internationalen Organisationen ist ausgebaut ➤ Das neue Exportdispositiv ist in den Schwerpunktländern umgesetzt; die erste Tranche der 'Swiss Business Hubs' ist operationell ➤ Die Interessen und das Image der Schweiz im Ausland werden durch Massnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs des Finanzplatzes, des organisierten Verbrechens und des Terrorismus gewahrt sowie durch die entsprechende Informationsarbeit gegen aussen kommuniziert
<p><u>Ziel 12</u> Unterstützung der Sitzstaatpolitik und Stärkung der Schweiz als Sitz internationaler Organisationen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Ministerkonferenz der Frankophonie in der Schweiz ist durchgeführt ➤ Die Sitzstaatpolitik – unter Einbezug der Kantone und benachbarten Regionen – ist bestimmt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Departement des Innern

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<u>Ziel 1</u> Neuer Hochschulartikel	➤ Die Botschaft über einen neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung ist verabschiedet*
<u>Ziel 2</u> Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen	➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ist verabschiedet*
<u>Ziel 3</u> Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007	➤ Die Botschaft ist in enger Zusammenarbeit mit dem EVD erarbeitet und durch den Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Evaluation bisheriger Massnahmen und die Überprüfung notwendiger Anpassungen und neuer Initiativen auf der Basis von Eingaben der Forschungsförderungs- und Bildungsinstitutionen und der Beratung durch den Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat sind durchgeführt
<u>Ziel 4</u> Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungsraum (ERA) und im europäischen Bildungsraum	➤ Die Möglichkeiten für Schweizer in EU-Bildungsprogrammen (Weiterführung der Verhandlungen mit der EU, Vertretung der Schweizer Anliegen in der "Follow-up"-Group des Bologna-Prozesses des Europäischen Bildungsraumes) sind erweitert ➤ Der Vertrag Schweiz – EU zum 6. EU-Forschungs-Rahmenprogramm ist abgeschlossen ➤ Information und Beratung sind der integralen Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen angepasst

<p><u>Ziel 5</u> Harmonisierung Personenregister</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz zur Harmonisierung der kommunalen und kantonalen Einwohnerregister und anderer Personenregister (in Umsetzung von Art. 65 BV) ist eröffnet*
<p><u>Ziel 6</u> Aufbau eines Systems von strategischen Führungsindikatoren in Zusammenarbeit mit der BK</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Postulatsbericht "Strategische Führungsindikatoren" (unter Federführung der Bundeskanzlei) liegt als Input für die Legislaturplanung 2003–2007 vor (in Erfüllung des Po. 00.3225 der Kommission 00.016)
<p><u>Ziel 7</u> Abschluss eines bilateralen Abkommens zur statistischen Zusammenarbeit mit der EU</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die laufenden Verhandlungen werden weitergeführt und abgeschlossen ➤ Die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung des Abkommens sind im Detail evaluiert und eine Mehrjahresplanung über die Zuteilung dieser Ressourcen erarbeitet ➤ Die betroffenen Bundesstellen, Wirtschaftskreise und Sozialpartner sind konsultiert
<p><u>Ziel 8</u> Auswertung der Volkszählung 2000 (VZ) und der Betriebszählung 2001 (BZ)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ VZ: Im Frühsommer sind definitive Ergebnisse zu den demographischen Strukturdaten veröffentlicht ➤ VZ: Ende 2002 sind alle übrigen Ergebnisse veröffentlicht (ohne wissenschaftliche Vertiefungsanalysen) ➤ BZ: Nach Berechnung und Publikation erster provisorischer Ergebnisse sind die konsolidierten Detailergebnisse veröffentlicht
<p><u>Ziel 9</u> Konsolidierung der Statistiken im Gesundheits- und Sozialbereich</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterschiedliche Warenkörbe und Preisindizes für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Familien mit Kindern) sind erstellt ➤ Folgende Statistiken sind erstmals erstellt bzw. konsolidiert: – Sozialhilfestatistik

	<ul style="list-style-type: none"> – Armutsberichterstattung – Statistik der stationären Betriebe <p>➤ Für folgende Statistiken sind Aufbauarbeiten eingeleitet und Grobkonzepte erstellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Versichertenstatistik – Statistik der ambulanten medizinischen Versorgung – Act-Info (neue Drogenstatistik)
<p><u>Ziel 10</u> Bericht zur Zukunft der SUVA</p>	<p>➤ Der Bundesrat hat vom Bericht Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden*</p>
<p><u>Ziel 11</u> Vorbereitung der längerfristigen Weiterentwicklung der Altersvorsorge</p>	<p>➤ Im Rahmen des Forschungsprogramms zur 12. AHV-Revision hat die interdepartementale Arbeitsgruppe Teilstudien zu den drei Schwerpunkten abgeschlossen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung der AHV / Altersvorsorge – Arbeitsmarkt und Partizipation – Finanzierung
<p><u>Ziel 12</u> Ausbau der Oberaufsicht in der beruflichen Vorsorge</p>	<p>➤ Auf der Basis des von der Arbeitsgruppe "Verstärkung der Oberaufsicht" erarbeiteten Schlussberichts vom 6. Dezember 2001 werden die Entscheidungsgrundlagen dem Bundesrat vorgelegt</p>
<p><u>Ziel 13</u> Weiterentwicklung der Krankenversicherung</p>	<p>➤ Auf der Grundlage des Syntheseberichts zu den Ergebnissen der Wirkungsanalyse KVG beschliesst der Bundesrat über das weitere Vorgehen*</p> <p>➤ Das Verfahren zur Aufnahme von Medikamenten auf die Spezialitätenliste ist verbessert und der Länderkorb erweitert</p> <p>➤ Die Aufsicht über die Krankenversicherer und das Verfahren zur Genehmigung der Prämien sind optimiert</p> <p>➤ Der Bericht zur Transparenz der Reserven der Krankenkassen im Bereich Grundversicherung (in Erfüllung des Po. SGK-SR 01.3423) ist vom Bundesrat</p>

	verabschiedet*
<p><u>Ziel 14</u> Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung</p>	<p>➤ Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und die Botschaft verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 15</u> Suchtprävention und Förderung der Gesundheit</p>	<p>➤ Nationale Gesundheitspolitik: Der Bundesrat hat vom Fortschritt des Projektes und von dessen Globalkosten Kenntnis genommen und das Engagement des Bundes für die kommenden Jahre festgelegt. Eine nationale Tagung zu einem wichtigen Thema der Gesundheitspolitik ist durchgeführt und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen auf einer formellen Ebene aufgebaut. Das Gesundheitsobservatorium hat seine operative Arbeit aufgenommen*</p> <p>➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen ist verabschiedet*</p> <p>➤ Die Vernehmlassung für das Verordnungsrecht zum Chemikaliengesetz ist eröffnet</p>
<p><u>Ziel 16</u> Weiterentwicklung der Humanmedizin</p>	<p>➤ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe sind verabschiedet*</p> <p>➤ Die Vernehmlassung über das Gesetz zur Regelung der Aus-, Weiter- und Fortbildung der psychologischen Berufe ist eröffnet*</p> <p>➤ Die Botschaft und der Gesetzesentwurf über die Forschung an überzähligen Embryonen und an embryonalen Stammzellen sind verabschiedet*</p> <p>➤ Die Vernehmlassung zur Botschaft und zum Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen ist eröffnet*</p>

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Strategie Migration und Gesundheit ist vom Bundesrat genehmigt und in der Öffentlichkeit kommuniziert
<p><u>Ziel 17</u> Förderung und Vermittlung der Kultur in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bericht und Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Kulturförderungsartikels 69 BV sind erarbeitet ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Stiftung Schweizerisches Landesmuseum ist verabschiedet*, die Jurierung des Wettbewerbs für den Um- und Neubau des Hauptsitzes in Zürich durchgeführt und die Etappen der Museumsentwicklung zur Vorbereitung der Stiftung sind vorangetrieben ➤ Der Bericht zur Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Ausbildung (in Erfüllung der Po. Suter Marc 98.3473, Po. 99.3502 Danioth Hans, Po. Gysin Remo 99.3507 und Po. Bangerter Käthi 99.3528) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht über die kultur- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Buchpreisbindung (in Erfüllung der Mo. Zisyadis 00.3497) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die neue Filmförderung gemäss revidiertem Filmgesetz ist umgesetzt (Verordnung und Reglemente sind erlassen) ➤ Das Konzept für eine umfassende Förderung und Erhaltung der Fotografie ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Richtlinien für die Unterstützung der kulturellen Organisationen sind revidiert ➤ Für die Förderung des künstlerischen Schaffens mit den neuen Technologien sind Konzepte erarbeitet und Pilotprojekte gestartet (Konservierung; virtuelles Zentrum/Netzwerk der Institutionen des Kunstschaffens mit neuen Technologien)

<p><u>Ziel 18</u> Erhaltung des schweizerischen Kulturgutes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Dem Departement liegt ein Konzept vor, das für die betroffenen Bundesinstitutionen klärt, welche Informationen im Sinne des nationalen Gedächtnisses gesammelt und zugänglich gemacht werden, eine geeignete Organisation mit Kompetenzordnung vorsieht und Vorschläge zur Ausweitung der Arbeit auf die Kantone und allenfalls weitere Kreise unterbreitet (nationale Memo-Politik) ➤ Die Botschaft zum Zahlungsrahmen für die Stiftung Schweizerische Volksbibliothek in den Jahren 2004–2007 ist verabschiedet ➤ Das Bauprojekt für ein zweites Tiefmagazin in der Schweizerischen Landesbibliothek ist in Zusammenarbeit mit dem BBL lanciert
<p><u>Ziel 19</u> Förderung der Verständigung zwischen den Landesteilen und</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zu einem Sprachengesetz ist verabschiedet*
<p><u>Ziel 20</u> Bekämpfung des funktionalen Analphabetismus</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über den funktionalen Analphabetismus (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 00.3466) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 21</u> "Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frau und Mann" (Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans "Gleichstellung von Frau und Mann" durch die Bundesbehörden (in Erfüllung des Po. 00.3222 der Kommission 00.016) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 22</u> Geschlechterbezogene Sichtweise in allen politischen Konzepten (Gender Mainstreaming)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Generalsekretärenkonferenz hat vom Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe über Vorschläge zur Erhöhung der Fachkompetenz für Gleichstellungsfragen in der Bundesverwaltung Kenntnis genommen (als Folge des Berichts der GPK "Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann: Eine Wirkungsbeurteilung nach zehnjähriger Tätigkeit")

<p><u>Ziel 23</u> Intensivierung der Massnahmen im Kampf gegen die Gewalt</p>	<p>➤ Koordination, Information und Sensibilisierung betreffend die Gewalt an Frauen sind verbessert (s. "Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frau und Mann", Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz, Kapitel D, Massnahme 1)</p>
---	--

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Die Arbeiten an der Justizreform werden fortgesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts ist eröffnet* ➤ Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts ist Kenntnis genommen worden ➤ Die Projektorganisation für den Aufbau der neuen Bundesgerichte (Bundesstrafgericht, Bundesverwaltungsgericht) ist eingesetzt
<p><u>Ziel 2</u> Die Beziehung der Bevölkerung zu den Behörden wird verbessert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Öffentlichkeitsgesetz ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Ombudsstelle des Bundes ist durchgeführt
<p><u>Ziel 3</u> Die Neuausrichtung der Migrationspolitik wird weiter konkretisiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Ausländergesetz (Totalrevision ANAG) ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Asylgesetzes ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Bearbeitung von Daten im Ausländer- und Asylbereich in einem Informationssystem (Rechtsgrundlagen für die Datenbank Ausländer 2000) ist verabschiedet*

<p><u>Ziel 4</u></p> <p>Die internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit wird weiter vertieft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin sind abgeschlossen* ➤ Die Botschaft zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit Europol ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft betreffend den Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung ist verabschiedet* ➤ Das zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen ist unterzeichnet ➤ Die Vernehmlassung zur Konvention des Europarates über den strafrechtlichen Umweltschutz ist durchgeführt ➤ Die Innenministerkonferenz der Alpensicherheitspartnerschaft verabschiedet Massnahmen gegen Rechtsextremismus und "Hooliganismus" ➤ Die Strategie für die internationale Polizeizusammenarbeit und das Stationierungskonzept für die polizeilichen Verbindungsbeamten ist vom Bundesrat genehmigt
<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird ausgebaut</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zum UNO-Zusatzprotokoll "Menschenhandel" zur Konvention gegen die transnationale, organisierte Kriminalität ist durchgeführt* ➤ Die Vernehmlassung zum Beitritt zum Strafrechts-Übereinkommen des Europarates gegen die Korruption ist eröffnet ➤ Die neue Bundesanwaltschaft hat die operationelle Tätigkeit gemäss Effizienzvorlage aufgenommen. Die Planungen für die Regionalzentren sind

	angelaufen
<p><u>Ziel 6</u> Instrumente der inneren Sicherheit werden der aktuellen Lage angepasst</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft über Massnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist verabschiedet* ➤ Die Botschaften zur Ratifikation der UNO-Konvention zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus sowie des Übereinkommens zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen sind verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Waffengesetzes ist durchgeführt* ➤ Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) ist auf Revisionsbedarf bezüglich gewalttätigem Extremismus und Terrorismus überprüft ➤ Gesetz und Verordnung zum neuen Schweizer Pass sind in Kraft gesetzt. Das neue Passbüchlein ist in endgültiger Form vorhanden. Die neue Ausweisorganisation ist umgesetzt. Die Öffentlichkeit ist informiert
<p><u>Ziel 7</u> Das gemeinsame Projekt Bund – Kantone zur Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit (USIS) wird plangemäss weitergeführt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bundesrat hat mit dem Bericht USIS-III Kenntnis genommen von den im Detail ausgearbeiteten Soll-Varianten* ➤ Die Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen über den Einsatz von Sicherheitskräften im Luftverkehr sind von der KKJPD genehmigt ➤ Der Nachtragskredit für die Aufstockung der Personalbestände in Genf und Bern zur Erfüllung der völkerrechtlichen Schutzpflichten ist beantragt ➤ Die Voranalyse zum nationalen Polizeiindex ist beendet. Anforderungskatalog, Bearbeitungsgrundsätze und Richtlinien stehen fest ➤ Der Bundesrat hat über Struktur und Finanzierung der Mitwirkung am Schweizerischen Polizei-Institut in

	<p>Neuenburg entschieden</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Gremium für Planung, Projektaufsicht und Standardisierung in der Informationsverarbeitung ist gegründet
<p><u>Ziel 8</u> Gemeinsam mit den Kantonen werden die Instrumente der kriminalpolizeilichen föderalistischen Zusammenarbeit situationsgerecht konkretisiert und angepasst</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die nationale Stelle zur Fahndung (Monitoring) und Verfahrenskoordination (Clearing) zur Unterstützung der Kantone bei der Bekämpfung der Internetkriminalität ist in Betrieb ➤ Das Detailkonzept für die "Zentrale Koordinationsstelle Menschenhandel und Menschenschmuggel" (ZKS MM) ist verabschiedet. Die Geschäftsstelle hat den Betrieb aufgenommen ➤ Die Vernehmlassung zu den Gesetzesänderungen im Rahmen der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Menschenhandel (StGB, ANAG) ist eröffnet ➤ Das neu zu schaffende nationale Lagezentrum "Innere Sicherheit" ist konzipiert. Der Pilotbetrieb ist aufgenommen
<p><u>Ziel 9</u> Die wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen werden weiter optimiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Umsetzung der Besucherschutzrichtlinie ist verabschiedet* ➤ Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt* ➤ Der Bundesrat hat vom Bericht zur Frage der Abgabe einer digitalen Identität an alle Bürgerinnen und Bürger Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt* ➤ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und gewerbsmässigen Wetten ist eröffnet* ➤ Das weitere Vorgehen zur Revision des Rechnungslegungsrechts ist festgelegt ➤ Von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts

	<p>ist Kenntnis genommen worden</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente sowie drei Übereinkommen auf dem Gebiete des Patentrechts ist durchgeführt und ausgewertet* ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Lugano-Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist eröffnet ➤ Im Rahmen des Wechsels von der präventiven zur nachträglichen Produktkontrolle in der Lebens- und Krankenzusatzversicherung sind die betroffenen Verordnungen revidiert und in Kraft gesetzt ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Messmittelverordnung ist durchgeführt ➤ Eine erste Gruppe von Konformitätsbewertungsstellen im Bereich der Messmittel ist dem seco für die Meldung an die EU bezeichnet
<p><u>Ziel 10</u> Wichtige gesellschaftspolitische Fragen werden entschieden</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Humangenetikgesetz) ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Vormundschaftsrechts ist eröffnet ➤ Die Vernehmlassung zur Revision des Opferhilfegesetzes ist eröffnet* ➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Datenschutzgesetzes ist verabschiedet*

<p><u>Ziel 11</u></p> <p>Alle Mitarbeitenden haben die gleichen Chancen in ihrer beruflichen, fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Im Rekrutierungsprozess ist die Anstellung von Frauen und von VertreterInnen sprachlicher Minderheiten gezielt gefördert worden➤ Die Mitarbeitenden des EJPD verfügen in wenigstens einer zusätzlichen Amtssprache über – zumindest passive – Kenntnisse➤ Die Mitarbeitenden des EJPD sind für das Anliegen Chancengleichheit sensibilisiert worden
---	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Die Umsetzung der Reformen Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI ist sichergestellt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Transformationsplanung für Armee und Bevölkerungsschutz ist abgeschlossen ➤ Die Reformen Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI sind regionalverträglich optimiert ➤ Die Bereitschaft zum Wandel ist durch gezielte Kommunikation bezüglich der Reformprojekte gefördert ➤ Der Stand des Projektes VBS XXI entspricht der am 29. Juni 2001 verabschiedeten Vorgehensplanung; die unterschiedlichen Zeitplanungen der Teilprojekte sind eingehalten ➤ Die Umsetzung des Reformprojektes Luftwaffe XXI und der Strategie Heer erfolgt abgestimmt auf die Projekte Armee XXI, VBS XXI und Human Resources Management XXI; die Vorausmassnahmen sind im Ausbildungsbereich umgesetzt
<p><u>Ziel 2</u> Die Strategie "Sicherheit durch Kooperation" wird durch vertiefte Zusammenarbeit im Inland und mit dem Ausland umgesetzt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der sicherheitspolitische Dialog ist nach innen und nach aussen gestärkt ➤ Die Kooperationsfelder und Führungsabläufe zwischen den sicherheitspolitischen Partnern auf Stufe Bund und Kantone sind definiert ➤ Die Verfügbarkeiten von Armee und Bevölkerungsschutz sind im Lichte der Ergebnisse des Projektes USIS überprüft und nötigenfalls angepasst

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ein Konzept über die Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Armeen ist von der Departementsleitung verabschiedet ➤ Das Umsetzen der Partnership-Ziele (Goals) folgt armeeübergreifend einer dreijährigen Personaleinsatzplanung aller Stufen in Abstimmung mit dem Projekt Armee XXI ➤ Die schweizerische Beteiligung im EAPC/PfP-Rahmen ist weiter verstärkt und vertieft, dabei ist das personelle Engagement im Rahmen EAPC/PfP nachweisbar und nachhaltig erhöht und mit den entsprechenden Ressourcen dotiert
<p><u>Ziel 3</u> Die internationalen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Sicherheitspolitik sind verbessert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Mitwirkung im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und der Partnerschaft für den Frieden ist vertieft ➤ Die Vorbereitungen sind getroffen, um die Aussensicherheitspolitik im Falle eines UNO-Beitrittes rechtzeitig weiterzuentwickeln ➤ Die Befähigung zu friedensunterstützenden Einsätzen als Beitrag der Schweiz zur internationalen Friedensförderung und Krisenbewältigung ist konsolidiert ➤ Als strategischer Überbau der Genfer Zentren und als Beitrag zur Stabilisierung und Friedensförderung in Europa ist eine "Maison de la Paix" gegründet
<p><u>Ziel 4</u> Für die Trendwende zur Begrenzung der Betriebskosten und Erhöhung der Investitionsquoten sind die nötigen Voraussetzungen geschaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Transparenz über Kosten und Leistungen ist verbessert ➤ Die Instrumente zur betriebswirtschaftlichen Steuerung sind in allen Politikbereichen des VBS verbessert

<p><u>Ziel 5</u></p> <p>Die Umsetzung des Konzepts des Bundesrats für eine Sportpolitik in der Schweiz ist auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden initiiert und die Beiträge des Bundes für die Kandidaturen zur Fussball-EM und zu den Olympischen Spielen sind definiert</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Forschungsprojekt über die wirtschaftliche Bedeutung von Sport-Grossanlässen ist abgeschlossen und Folgerungen für die Kandidaturen der Fussball-EM 2008 und Olympischen Winterspiele 2010 sind gezogen ➤ Die erste Evaluation zur Durchsetzung des Sportunterrichtobligatoriums mit den Kantonen ist abgeschlossen ➤ Die Massnahmen der Ausführungsverordnungen zum neuen Dopingartikel im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport sind umgesetzt ➤ Jugend + Sport 2000: Die Auswertung der Feldversuche 2001/2002 ist erfolgt; die Voraussetzungen für deren ganzheitliche Umsetzung ab 2003 sind geschaffen ➤ Die Botschaft zur Kandidatur Schweiz-Österreich für die Fussball-EM 2008 ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Kandidatur Berns für die Olympischen Winterspiele 2010 ist verabschiedet*
<p><u>Ziel 6</u></p> <p>Die personellen und finanziellen Ressourcen sind ziel – und wirkungsorientiert auf die nachgefragten Produkte und Leistungen des VBS ausgerichtet</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mit einer konsequenten Verzichtplanung ist der notwendige Handlungsspielraum im Ressourcenbereich für Armee XXI, Bevölkerungsschutz und VBS XXI geschaffen ➤ Ein partnerschaftlicher Führungsstil, regelmässige Mitarbeitergespräche, eine systematische Personalentwicklung und Information sowie ein professionelles Personalcontrolling unterstützen die Veränderungsprozesse nachhaltig ➤ Ein auf der Grundlage des Management Development VBS basierendes Auswahl- und Ernennungsverfahren stellt den Kadernachwuchs in qualitativer und quantitativer Hinsicht sicher ➤ Der Personalumbau und –abbau erfolgt schrittweise, geplant, koordiniert sowie mitarbeiter- und sozialverträglich. Die

	erforderlichen Personalmassnahmen sind umfassend kommuniziert
<p><u>Ziel 7</u> Die Disziplinarstrafen sind neu definiert</p>	<p>➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Militärstrafgesetzes ist verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 8</u> Die Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste ist definiert</p>	<p>➤ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste in die Aktiengesellschaft Skyguide ist verabschiedet*</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Finanzdepartement

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Vorlage zur neuen Finanzordnung</p>	<p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 2</u> Vorlagen zur Bankenaufsicht und Nationalbank</p>	<p>➤ Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht Zufferey: Die Expertenkommission hat den Gesetzesentwurf und den erläuternden Bericht erarbeitet</p> <p>➤ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankenliquidation) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p> <p>➤ Die Botschaft Nationalbankgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 3</u> Entwicklung eines neuen Rechnungsmodells</p>	<p>➤ Die Botschaft zur Revision des Finanzhaushaltsgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 4</u> Optimierung des Vollzugs des Geldwäschereigesetzes</p>	<p>➤ Die Pendenzen sind vollständig abgebaut</p> <p>➤ Der Anwendungsbereich hinsichtlich der Unterstellung ist konkretisiert</p>
<p><u>Ziel 5</u> Klare Rahmenbedingungen für nachrichtenlose Vermögen</p>	<p>➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögen ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 6</u> Weiterentwicklung FLAG</p>	<p>➤ Die aus dem Evaluationsbericht des Bundesrates resultierenden konzeptionellen Änderungen sind umgesetzt</p>

<p><u>Ziel 7</u> Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU in den Bereichen Zinsbesteuerung und Zollbetrug</p>	<p>➤ Die Verhandlungen sind gemäss den Vorgaben des Bundesrats abgeschlossen*</p>
<p><u>Ziel 8</u> Erhaltung der Rahmenbedingungen des Finanzplatzes</p>	<p>➤ Das Leitbild zur Finanzplatzpolitik ist vom Bundesrat verabschiedet</p>
<p><u>Ziel 9</u> Zweites Paket Unternehmenssteuerreform</p>	<p>➤ Die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform II ist eröffnet*</p>
<p><u>Ziel 10</u> Umsetzung der neuen Personalpolitik</p>	<p>➤ Die neue Personalpolitik ist eingeführt und geniesst breite Akzeptanz</p> <p>➤ Die ersten Erfahrungen mit der neuen Personalpolitik sind evaluiert</p>
<p><u>Ziel 11</u> Konsolidierung der PKB/ PUBLICA</p>	<p>➤ PUBLICA ist operationell</p> <p>➤ Die Migration der Versichertenbestände aus der PKB in PUBLICA ist erfolgreich abgeschlossen</p>
<p><u>Ziel 12</u> Umsetzung NOVE-IT</p>	<p>➤ Die Harmonisierung der Infrastruktur ist abgeschlossen, die Prozesse sind instrumentiert und eingeführt (inkl. erstes Paket KLR)</p> <p>➤ Die Rahmenbedingungen zur Lockerung des Leistungsbezugszwangs sind vom Bundesrat festgelegt</p>
<p><u>Ziel 13</u> Totalrevision Zollgesetz</p>	<p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 14</u> Teilrevision des Tabaksteuergesetzes</p>	<p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>

<p><u>Ziel 15</u> Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF</p>	<p>➤ Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 16</u> Bericht Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern</p>	<p>➤ Der Bericht über die Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern der natürlichen Personen ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 17</u> Bericht über kumulative Abgabelasten</p>	<p>➤ Der Bericht über kumulative Abgabelasten (in Erfüllung des Po. Vallender 98.3576) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 18</u> Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz</p>	<p>➤ Der Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 01.3246) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorentwürfe zu den Ausführungserlassen zum neuen Berufsbildungsgesetz sind erarbeitet➤ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet*➤ Die Botschaft über einen neuen Hochschulartikel ist vom Bundesrat verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Teilrevision des Fachhochschulgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet*➤ Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Fachhochschulen ist vom Bundesrat verabschiedet*➤ Die Grundlagen zur Integration des bisherigen kantonalen Fachhochschulbereiches Gesundheit, Soziales und Kultur in die Bundeskompetenz sind erarbeitet und werden von allen beteiligten Partnern getragen➤ Der Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung ist vom Bundesrat verabschiedet (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605)*➤ Der Bundesrat hat im Rahmen eines Berichtes zur digitalen Spaltung geprüft, ob Massnahmen zu treffen sind, damit nicht gewisse Bevölkerungskreise von der Informationsgesellschaft ausgeschlossen

	sind*
<p><u>Ziel 2</u> Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht über eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Der Bericht zur Erschöpfungsproblematik bei Parallelimporten ist vom Bundesrat verabschiedet (in Erfüllung des Po. WAK-NR 00.3612)* ➤ Die Vernehmlassung zu den Ausführungserlassen zum revidierten Kartellgesetz ist eröffnet ➤ Die Abklärungen zur Revision des Binnenmarktgesetzes sind abgeschlossen ➤ Die Vernehmlassung zur Revision der Exportrisikogarantie ist eröffnet*
<p><u>Ziel 3</u> Verbesserung der internationalen Mitwirkung der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die bilateralen Verträge mit der EU treten in Kraft ➤ Die Verhandlungen über alle 10 Bereiche der Bilateralen II sind eingeleitet und wenn möglich abgeschlossen. Ein Abschluss in einzelnen Verhandlungsbereichen kommt jedoch nur in Frage, sofern das Interessengleichgewicht insgesamt gewahrt ist* ➤ Die Verhandlungsmandate für eine neue Verhandlungsrunde der WTO sind vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifikation der Freihandelsabkommen mit Kanada, Chile, Kroatien, Jordanien und Singapur ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Botschaft über die Änderung des Zolltarifgesetzes ist verabschiedet* ➤ Die Botschaft zur Ratifizierung des Übereinkommens der FAO über pflanzengenetische Ressourcen in Ernährung

	und Landwirtschaft ist verabschiedet*
<p><u>Ziel 4</u> Stärkung der Schweizer Landwirtschaftspolitik: für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Schweizer Landwirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Entwurf eines Bundesbeschlusses über den Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft in den Jahren 2004–2007 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der dritte Landwirtschaftsbericht ist veröffentlicht ➤ Die Botschaft zur Revision des Tierschutzgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Tierverkehrsdatenbank funktioniert
<p><u>Ziel 5</u> Stärkung des Arbeitsmarktes</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vernehmlassung zu den Ausführungserlassen zur ALV ist eröffnet ➤ Die Botschaft zur Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) ist vom Bundesrat verabschiedet
<p><u>Ziel 6</u> Erarbeitung einer modernen Wohnungspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Das Instrumentarium zur Erfassung von Vergleichsmieten liegt vor
<p><u>Ziel 7</u> Neuausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die neue Strategie für die wirtschaftliche Landesversorgung ist konkretisiert ➤ Die auf Grund der Neuausrichtung notwendige Anpassung der Organisationsverordnung Landesversorgung ist vom Bundesrat verabschiedet ➤ Die Grundlagen für ein modernes Bewirtschaftungsmodell zur Bewältigung von Treibstoff-Mangellagen liegen vor

<p><u>Ziel 8</u> Abstimmung des Zivildienstgesetzes auf das Konzept Armee XXI und Zivilschutz XXI</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die organisatorischen Massnahmen (Dezentralisierung der Anhörungen – Kompetenzregelung zwischen der Zulassungskommission und der Vollzugsstelle – Organisation der Vollzugsstelle für den Zivildienst) sind bereit zur Umsetzung
<p><u>Ziel 9</u> Stärkung der Information und des Vertrauens des Konsumenten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorschläge zur Umsetzung des Berichts zur allgemeinen Produktesicherheit sind vom Bundesrat verabschiedet ➤ Es werden Vorschläge für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Konsumentenfragen (über die aussergerichtliche Beilegung von Verbraucherrechtsstreitigkeiten, betreffend die Prävention von Täuschungen der Konsumenten und betreffend Preisanschreibepflicht) gemacht ➤ Die Sicherheit und die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte werden verbessert
<p><u>Ziel 10</u> Stärkung der öffentlichen Präsenz des EVD</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Eine neue Internet-Webseite des EVD ist aufgeschaltet ➤ Eine neue Intranet-Seite des EVD für alle EVD-Mitarbeiter ist aufgeschaltet ➤ Die Webseiten des EVD sind harmonisiert ➤ Die Corporate Identity des EVD ist für alle Ämter auf einer elektronischen Grundlage verfügbar
<p><u>Ziel 11</u> Stärkung der Mehrsprachigkeit des EVD</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Weisungen des Bundesrates zur Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung werden im ganzen Departement umgesetzt

ZIELE FÜR DAS JAHR 2002

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2002	Massnahmen 2002 * basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2002
<p><u>Ziel 1</u> Weiterentwicklung der internationalen Umweltpolitik</p>	<ul style="list-style-type: none">➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Zusatzprotokolls von Kyoto ist verabschiedet (Klimakonvention)*➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (UNEP-POP-Konvention) ist verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta ist verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Erneuerung des Rahmenkredits für die globale Umwelt (GEF) ist verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Genehmigung der Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, ist verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Göteborger Protokolls ist verabschiedet*➤ Die Botschaft zur Ratifikation der Landschaftskonvention des Europarates ist verabschiedet*➤ Die Botschaft über die Ratifizierung der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention ist verabschiedet*

<p><u>Ziel 2</u> Weiterführen einer nachhaltigen Umweltpolitik in der Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Umweltschutzgesetzes betreffend die Förderung der Einführung schwefelfreier Treibstoffe ist verabschiedet* ➤ Die Verordnungsänderungen zur Umsetzung des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit sind in der Vernehmlassung ➤ Die schweizerische Anlaufstelle des internationalen Meldesystems für den grenzüberschreitenden Verkehr mit gentechnisch veränderten Organismen ist aufgebaut ➤ Der Bericht zur Prüfung von Partikelfiltern für schwere Nutzfahrzeuge (in Erfüllung des Po. Stump 99.3166) ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Der Bericht über die Reduktion der Umweltrisiken von Düngern und Pflanzenschutzmitteln (in Erfüllung der Mo. UREK-S 94.3005) ist vom Bundesrat verabschiedet * ➤ Der Bericht zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des OECD-Umweltprüfberichtes Schweiz 1998 (in Erfüllung des Po. UREK-S 99.3570) ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p><u>Ziel 3</u> Nachhaltige Entwicklung und Agglomerationsverkehr</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht "Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002" ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Entscheidungsgrundlagen für die Finanzierung des Agglomerationsverkehrs liegen vor ➤ Die Revision der Raumplanungsverordnung betr. Ausnahmen für Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen ist vorbereitet ➤ Der Bericht über die raumordnungspolitischen Auswirkungen der bilateralen Verträge (in Erfüllung des Po.

	<p>Hofmann Hans 99.3531) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
--	---

<p><u>Ziel 4</u> Die Realisierung der Bahnprojekte schreitet fort</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die zweite Leistungsvereinbarung mit der SBB AG für die Jahre 2003–2006 ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Vorlage "Bahnreform 2" ist eröffnet* ➤ Die Stossrichtung für das Angebotskonzept Bahn 2000 2. Etappe ist vom Bundesrat festgelegt* ➤ Die Botschaft zur Finanzierung der Trassensicherung für die zurückgestellten NEAT-Zufahrtsstrecken ist verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zur Botschaft zu den Anschlüssen der Ost- und Westschweiz ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) ist eröffnet* ➤ Der erste Verlagerungsbericht gemäss Verkehrsverlagerungsgesetz ist vom Bundesrat verabschiedet* ➤ Die Vernehmlassung zum konzeptionellen Teil des neuen Sachplans "Schiene/öffentlicher Verkehr" ist eröffnet* ➤ Die Botschaft über die Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT ist verabschiedet* ➤ Der Sachplan AlpTransit ist nachgeführt ➤ Die Botschaft zu einem neuen Seilbahngesetz ist verabschiedet*
<p><u>Ziel 5</u> Einbettung der Zivilluftfahrt in eine koordinierte Gesamtverkehrspolitik und in einen raumordnungspolitischen Rahmen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die zweite Serie der anlagespezifischen Festlegungen des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt liegt vor ➤ Das Objektblatt Zürich ist verabschiedet ➤ Die Botschaft zur Ratifikation des Luftverkehr-Staatsvertrages Schweiz–Deutschland ist verabschiedet*

<p><u>Ziel 6</u> Sicherung einer leistungsfähigen Strasseninfrastruktur</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Volksinitiative "Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen" und der Gegenvorschlag sind verabschiedet* ➤ Die Arbeiten am Aufbau eines Verkehrslenkungssystems für den alpenquerenden Schwerverkehr sind vorangetrieben
<p><u>Ziel 7</u> Die Umsetzung einer marktgerechten und ökologisch ausgerichteten Energiepolitik wird weiter vorangetrieben</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bei einem positiven Ausgang der Referendumsabstimmung werden die Verordnungen rasch verabschiedet und das Elektrizitätsmarktgesetz in Kraft gesetzt* ➤ Die erste Zwischenbilanz zum Programm "EnergieSchweiz" liegt vor ➤ Die Vernehmlassung für die Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes ist vorbereitet
<p><u>Ziel 8</u> Entscheide zu einer neuen Medienordnung und zur Entwicklung des Fernmeldewesens. Umsetzung der Strategie Informationsgesellschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ist verabschiedet* ➤ Über den Antrag der SRG auf Erhöhung der Radio- und Fernsehempfangsgebühren ist entschieden ➤ Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Fernmeldegesetzes (FMG) ist parallel zu den Änderungen des EU-Rechts im Rahmen des "99'review" der EU abgeschlossen ➤ Weitere Änderungen der Vollzugsverordnungen zum FMG zur Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung sind durchgeführt ➤ Der Bundesrat hat gestützt auf den 4. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft vom Stand der Umsetzung Kenntnis genommen und über weitere Massnahmen Beschluss gefasst*
<p><u>Ziel 9</u> Reorganisation der technischen Sicherheitsaufsicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (Schweizerische Sicherheitsagentur) ist

<p>Sicherheitsaufsicht</p>	<p>verabschiedet*</p>
<p><u>Ziel 10</u> Leistungsfähiger Service public. Gesamtschau zur weiteren Entwicklung des Postwesens</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Bericht des Bundesrates zur weiteren Marktöffnung und zur Finanzierung des Universaldienstes liegt vor* ➤ Die Botschaft zur weiteren Entwicklung des Postwesens und zur Revision des Postorganisationsgesetzes (Anpassung an Rechnungslegungsstandards) ist verabschiedet*

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2002: Überblick

- Ziel 02-1 Verbesserung der internationalen Mitwirkung: UNO-Beitritt – Neue bilaterale Verhandlungen mit der EU
- Ziel 02-2 Zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte: Bundesgesetz und Rahmenkredit
- Ziel 02-3 Offene und nachhaltige Weltwirtschaft und verbesserter Zugang zu ausländischen Märkten: Engagement für neue Welthandelsrunde – Freihandelsabkommen mit Chile, Kanada, Kroatien, Jordanien und Singapur – Vernehmlassung zur Revision des Exportrisikogarantiegesetzes
- Ziel 02-4 Nachhaltige Entwicklung und Weiterentwicklung der internationalen Umweltpolitik: Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung – UNO-Jahr der Berge – Ratifikation des Protokolls von Kyoto – Ratifikation des Stockholmer Übereinkommens – Ratifikation des Göteborger Protokolls
- Ziel 02-5 Internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus: UNO-Konventionen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus – Übereinkommen zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen – Zusatzprotokoll Menschenhandel
- Ziel 02-6 Bilaterale Justiz- und Polizeizusammenarbeit: Zusammenarbeitsvertrag mit EUROPOL – Auslieferungsvertrag mit Frankreich
- Ziel 02-7 Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz: Neuer Hochschulartikel – Revision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen – Revision Fachhochschulgesetz – Finanzierung Fachhochschulen – Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 – Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen – Bundesgesetz über die Forschung an überzähligen Embryonen und an embryonalen Stammzellen
- Ziel 02-8 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft: Revision Nationalbankgesetz – Vernehmlassung zur Totalrevision des Lotteriegesetzes – Vernehmlassung zur Revision Patentrecht – Bericht über Parallelimporte

- Ziel 02-9 Wettbewerbsfähige und nachhaltige Schweizer Landwirtschaft: Revision des Landwirtschaftsrechts (Agrarpolitik 2007) – Revision des Tierschutzgesetzes
- Ziel 02-10 Leistungsfähiger Service public: Zukunft von Post und Swisscom
- Ziel 02-11 Umsetzung Finanzleitbild: Neue Finanzordnung – Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform II – Neues Rechnungsmodell und Revision Finanzhaushaltsgesetz
- Ziel 02-12 Nachhaltige Umweltpolitik: Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit – Förderung schwefeldreier Treibstoffe – Durchführungsprotokolle Alpenkonvention – Neue Strategie Nachhaltige Entwicklung
- Ziel 02-13 Nachhaltige Verkehrspolitik: Leistungsvereinbarung SBB 2003–2006 – Vernehmlassung zum Sachplan Schiene/öV – Verlagerungsbericht – Vernehmlassung Bahnreform 2. Etappe – Freigabe 2. Phase NEAT – Vernehmlassung HGV-Anschlüsse – Gegenvorschläge zur Volksinitiative "Avanti" – Massnahmen Agglomerationsverkehr – Luftverkehrsabkommen mit Deutschland
- Ziel 02-14 Umsetzung Strategie Informationsgesellschaft: Massnahmen gegen digitale Spaltung der Gesellschaft – weiteres Vorgehen Guichet virtuel – Regelung des elektronischen Geschäftsverkehrs – weiteres Vorgehen digitale Identität – Bundesgesetz zur Harmonisierung der Verwaltungsregister
- Ziel 02-15 Neue Medienordnung: Totalrevision Radio- und Fernsehgesetz
- Ziel 02-16 Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit: Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung – Vernehmlassung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung
- Ziel 02-17 Gewährleistung sozialer Ausgleich und nationale Gesundheitspolitik: SUVA: weiteres Vorgehen – KVG: Wirkungsanalyse und weiteres Vorgehen – Zwischenentscheide zur Nationalen Gesundheitspolitik – Bundesgesetze über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe und für psychologische Berufe – Humangenetikgesetz – Vernehmlassung zur Revision des Opferhilfegesetzes
- Ziel 02-18 Gewährleistung des sozialen und regionalen Ausgleichs: Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum

- Ziel 02-19 Sicherstellen des nationalen und gesellschaftlichen Zusammenhalts:
Sprachengesetz – Neues Schweizerisches Landesmuseum – Bundesgesetz
über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare –
Kandidaturen Fussball-EM 2008 und Olympische Winterspiele 2010
- Ziel 02-20 Neuorientierung Ausländerpolitik und Stabilisierung im Asylbereich:
Totalrevision Ausländergesetz – Teilrevision Asylgesetz
- Ziel 02-21 Wahrung der inneren Sicherheit unter Gewährleistung der Grundrechte:
Verbesserte Bekämpfung des Rechtsextremismus – Vernehmlassung
Waffengesetz – Bericht USIS III – Teilrevision Datenschutzgesetz

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2002

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte im Jahr 2002

(Verabschiedung pro Halbjahr)

1 Die Schweiz als Partnerin in der Welt – Chancen einer offenen und zukunftsorientierten Schweiz wahrnehmen

1.1 Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte		X
Botschaft über einen Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte		X
Botschaft betreffend Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenvernichtung (in Erfüllung der Mo. Paupe 00.3519 Weltweite Chemiewaffenabrüstung)		X
Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern		X
Botschaft betreffend das 2. Protokoll zum Haager Übereinkommen zum Schutze von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten		X
Finanzierungsbotschaft für die Teilnahme der Schweiz an den Weltausstellungen Paris und Aichi		X
Botschaft zur Ratifizierung des Änderungsprotokolls zum internationalen Übereinkommen vom 18. Mai 1973 zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren (Kyoto-Übereinkommen)	X	
Ratifikation des Transitprotokolls zum Vertrag über die Energiecharta	X	
Botschaft über Freihandelsabkommen mit Kroatien und Jordanien	X	
Botschaft über die Freihandelsabkommen mit Kanada, Chile und Singapur		X
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls von Kyoto (Zusatzprotokoll zur Klimakonvention)	X	

1.1 Aussenbeziehungen	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Erneuerung des Rahmenkredits für die globale Umwelt (GEF)	X	
Botschaft zur Genehmigung der Änderung vom 17. September 1997 und vom 3. Dezember 1999 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	X	
Botschaft zur Ratifikation des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (UNEP-POP-Konvention)		X
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls vom 30. November 1999 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung der Versauerung, Eutrophierung und des bodennahen Ozons (Göteborger Protokoll)		X
Botschaft zur Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF		X
Bericht über das 1. Zusatzprotokoll zur EMRK (in Erfüllung der Ip. Columberg 91.3195 Verpflichtungen der Schweiz im Bereich der Menschenrechte)		X

1.2 Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Auslieferungsübereinkommen mit Frankreich	X	
Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL		X
Botschaft zur Ratifizierung der UNO-Konvention zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus		X
Botschaft zum Beitritt zum Übereinkommen zur Unterdrückung von terroristischen Bombenanschlägen		X
Botschaft zur Teilrevision des Militärstrafgesetzes		X
Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherungsdienste in die Aktiengesellschaft SKYGUIDE		X

2 Die Schweiz als attraktiver Werk-, Denk- und Schaffensplatz – Entfaltungschancen der kommenden Generationen sicherstellen und verbessern

2.1 Forschung und Bildung	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft über einen neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung		X
Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007		X
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen	X	
Botschaft zur Teilrevision des Fachhochschulgesetzes		X
Botschaft zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Fachhochschulen	X	
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Forschung mit überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen		X
Bericht über den funktionalen Analphabetismus (in Erfüllung des Po. Widmer Hans 00.3466 Funktionaler Analphabetismus)		X
Bericht über die Möglichkeiten einer nachfrageorientierten Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK NR 00.3605 Nachfrageorientierte Weiterbildung)		X

2.2 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Umsetzung der Besucherschutzrichtlinie 2000/26/EG (Teilrevisionen des Versicherungsabkommens Schweiz-EWG, des Versicherungsabkommens Schweiz-Liechtenstein, des Versicherungsaufsichts-, des Schadenversicherungsgesetzes sowie des Strassenverkehrsgesetzes)	X	
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankenliquidation)	X	
Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes		X
Botschaft zum Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögen		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz für die internationale Währungszusammenarbeit	X	

2.2 Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007): Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes, des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht, des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht, des Schweizerischen Zivilgesetzbuches und des Tierseuchengesetzes sowie neues zeitlich befristetes Bundesgesetz über die Beiträge der zur Ausrottung von BSE angeordneten Verbrennung von Fleischabfällen, einschliesslich eines Bundesbeschlusses über die finanziellen Mittel der Landwirtschaft in den Jahren 2004–2007	X	
Botschaft zur weiteren Entwicklung des Postwesens und zur Revision des Postorganisationsgesetzes	X	
Botschaft zur Revision des Nationalbankgesetzes	X	
Botschaft zur Revision des Tierschutzgesetzes		X
Botschaft über die Änderung des Zolltarifgesetzes		X
Bericht über die kultur- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Buchpreisbindung (in Erfüllung der Mo. Zisyadis 00.3497 Einheitliche Bücherpreise)	X	
Bericht zur Erschöpfungsproblematik bei Parallelimporten (in Erfüllung des Po. WAK NR 00.3612 Parallelimporte. Bericht zur Erschöpfungsproblematik bis Ende 2002)		X

2.3 Finanzen und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Neuen Finanzordnung		X
Botschaft zur Teilrevision des Tabaksteuergesetzes	X	
Botschaft zur Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Neues Finanzhaushaltsgesetz)		X
Bericht über die Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern der natürlichen Personen. Konkretisierung des Verfassungsauftrags zur formellen Steuerharmonisierung	X	
Bericht über kumulative Abgabelasten (in Erfüllung des Po. Vallender 98.3576 Gesamtbelastung mit Steuern und Kausalabgaben)		X

2.3 Finanzen und Bundeshaushalt	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Bericht über die Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 01.3246 Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz)	X	
2.4 Umwelt und Infrastruktur	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Ratifizierung des Übereinkommens der FAO über pflanzengenetische Ressourcen in Ernährung und Landwirtschaft		X
Botschaft zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit	X	
Botschaft zur Revision des Umweltschutzgesetzes (Förderung der Einführung schwefelfreier Treibstoffe)	X	
Botschaft zur Ratifizierung der Protokolle zum Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention)	X	
Botschaft zur Ratifikation der Landschaftskonvention des Europarates		X
Botschaft über die Finanzierung der Trassensicherung für zurückgestellte NEAT-Neubaustrecken	X	
Botschaft über die Leistungsvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Aktiengesellschaft Schweizerische Bundesbahnen SBB und über den Zahlungsrahmen für die Jahre 2003–2006	X	
Botschaft zu einem Seilbahngesetz		X
Botschaft über die Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT		X
Botschaft zur Volksinitiative "Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen"	X	
Botschaft zur Ratifikation des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle und über die Auswirkungen des Betriebes des Flughafens Zürich		X
Erster Verlagerungsbericht gemäss Verkehrsverlagerungsgesetz	X	
Bericht zur Prüfung von Partikelfiltern für schwere Nutzfahrzeuge (in Erfüllung des Po. Stump 99.3166 Schwere Nutzfahrzeuge. Partikelfilter)		X

2.4 Umwelt und Infrastruktur	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Bericht über die Reduktion der Umweltrisiken von Düngern und Pflanzenschutzmitteln (in Erfüllung der Mo. UREK-S 94.3005 Einführung von Lenkungsabgaben auf Mineraldüngern, Hofdüngerüberschüssen und Pflanzenbehandlungsmitteln)	X	
Bericht zur Umsetzung der Schlussfolgerungen des OECD-Umweltprüfberichtes Schweiz 1998 (in Erfüllung des Po. UREK-S 99.3570 Umweltprüfbericht "Schweiz" der OECD. Massnahmen)		X

2.5 Informationsgesellschaft und Medien	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Radio- und Fernsehgesetz	X	

2.6 Staatliche Institutionen	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Bundesgesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung		X

3 Die Schweiz als Heimat für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner – Identitätsraum für alle Generationen schaffen

3.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Ratifikation des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen der ECE/UNO von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Aus-, Weiter- und Fortbildung für universitäre Medizinalberufe	X	
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung		X
Botschaft zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Humangenetikgesetz)	X	

3.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Bericht zur Transparenz der Reserven der Krankenkassen im Bereich Grundversicherung (in Erfüllung des Po. SGK-SR 01.3423 Transparenz der Reserven der Krankenkassen)		X

3.2 Regionaler Ausgleich	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum	X	
Bericht über die raumordnungspolitischen Auswirkungen der bilateralen Verträge (in Erfüllung des Po. Hofmann Hans 99.3531 Auswirkungen der bilateralen Verträge mit der EU auf die Raumordnungspolitik der Grenzkantone und des Bundes)		X

3.3 Gesellschaft, Kultur und Sport	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zum Sprachengesetz		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über eine Stiftung für das Schweizerische Landesmuseum	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare		X
Botschaft zur Kandidatur Schweiz-Österreich für die Fussball-EM 2008	X	
Botschaft zur Kandidatur Bern für die Olympischen Winterspiele 2010	X	
Bericht zur Umsetzung von Artikel 69 BV im Bereich der Musikausbildung (in Erfüllung der Mo. Bangerter Käthi 99.3528, Mo. 99.3502 Danioth Hans Förderung der Musikausbildung und Po. Suter Marc 98.3473 Eidg. Akademie der musischen Künste)		X
Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans "Gleichstellung von Frau und Mann" durch die Bundesbehörden (in Erfüllung des Richtlinienpostulats 00.3222 Gleichstellung von Frau und Mann)		X

3.4 Migration	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Teilrevision des Asylgesetzes	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Bearbeitung von Daten im Ausländer- und Asylbereich in einem Informationssystem	X	

3.5 Innere Sicherheit	<u>1. Halbjahr</u> 2002	<u>2. Halbjahr</u> 2002
Botschaft zur Teilrevision des Datenschutzgesetzes		X
Botschaft betreffend Massnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus		X